

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

August 1985

# Evangelische Verantwortung

Heft 8/1985

## Ein Kirchentag urteilsfähiger Staatsbürger

– Anmerkungen zum 21. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf –

Albrecht Martin

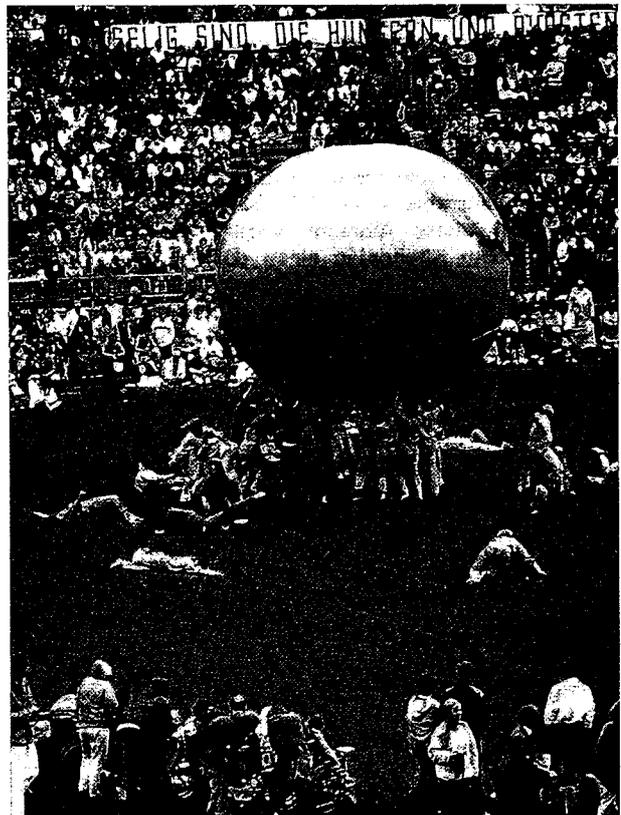
Gäbe es den Deutschen Evangelischen Kirchentag nicht, man müßte ihn erfinden. Denn gerade in unserer historischen Situation einer Bündelung schwerwiegender Probleme wie der Erhaltung des Friedens in Freiheit, der Bewahrung der Umwelt und der Überwindung struktureller Arbeitslosigkeit und ihrer auch psychischen Folgen, ist dieses mehrtägige Forum des deutschen Protestantismus ein wertvoller Ort des Zuhörens, des Austauschs der Argumente und der Suche nach tragfähigen Lösungen.

Wenn irgendwo der vielbeschworene „mündige Staatsbürger“ angetroffen werden kann – in Düsseldorf fand man ihn unter den meist jugendlichen Teilnehmern tolerant und spontan diskutierend, auf der Suche nach sich selbst und dem Sinn des Lebens.

Im Gegensatz zu den durch politische Einseitigkeit und Polarisierung gekennzeichneten vorausgegangenen Kirchentagen in Hamburg und Hannover herrschte in Düsseldorf ein Klima neuer Nachdenklichkeit und des Dialogs. Gerade deshalb aber drängt sich die Frage auf, ob die Besetzung und Strukturierung der Vorträge und Podien dieser Klimaveränderung gerecht wurde. Der Kirchentag, wie er in seiner ganzen Breite und Tiefe stattfindet, ist ein anderer als der Kirchentag der großen Namen und der Medien. Deshalb sollten die Verantwortlichen bei der Aufarbeitung von Düsseldorf und der Programmplanung für Frankfurt 1987 dies und die Tatsache berücksichtigen, daß die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) eine Volkskirche in einer parlamentarischen Demokratie mit unterschiedlichsten politischen Anschauungen ist.

Natürlich wird man nicht verhindern können, daß einige Medienverliebte mit Transparenten und Spruchbändern und dem Kalkül im Hinterkopf, daß

die Presse allemal auf der Suche nach Schlagzeilen ist, das Bild verzerren. Aber vielleicht kann eine Berücksichtigung der Vielfalt des Protestantismus eine Hilfe dabei sein, politische Ansichten nicht zu unangreifbaren Glaubenssätzen hochzustilisieren, die den Andersdenkenden ausgrenzen. Den hoffnungsvollen Ansatz von Düsseldorf gilt es in Frankfurt und darüber hinaus fortzusetzen: Der Kirchentag ist lebendig wie eh und je.



---

# Grußwort des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl an die Teilnehmer des 21. Deutschen Evangelischen Kirchentages

---

Die Erde ist des Herrn – diese Losung des 21. Deutschen Evangelischen Kirchentages mahnt uns zur Behutsamkeit im Umgang mit Gottes Schöpfung. Sie ist uns anvertraut – nicht ausgeliefert. Sie ist Gabe und ernährt uns. Aber wir wissen auch um die Pflicht, die Erde und unsere natürlichen Lebensgrundlagen möglichst unverseht unseren Kindern und Enkeln zu erhalten.

Teil der Schöpfung ist aber auch der Mensch. „Wie gäbe es den Menschen, wenn Gott ihn nicht brauchte?“ fragt Martin Buber in einer seiner Schriften. Wir sind dazu aufgerufen, an Gottes Schöpfung teilzuhaben,

von ihren und von unseren Gaben den rechten Gebrauch zu machen. Niemand von uns kennt das Ziel der Geschichte, dennoch sind auch wir dem Lauf der Welt nicht einfach ausgeliefert. Es ist uns die Fähigkeit und das Recht gegeben, die Welt in der wir leben, mitzugestalten. Immer häufiger stehen wir dabei vor der Frage, was wir verantworten können und wo uns Grenzen gesetzt sind. Darüber muß gesprochen, manchmal auch gerungen werden: In den Kirchen wie auch in der Politik.

Stets aber sollte uns auch hier die Losung Ihres Kirchentages zur Behutsamkeit, zur Rücksicht auf den Mitmenschen, zur Ach-

tung der Aufrichtigkeit und des guten Willens auch des Andersdenkenden mahnen.

Die Erde ist des Herrn – die Mahnung dieses Wortes ist unübersehbar. Aber ich denke, es will dem Christen auch eine Botschaft der Hoffnung sein: die Erinnerung nämlich, daß die Erde und damit auch wir als Teil der Schöpfung in Gottes Obhut bleiben.

Den Teilnehmern des 21. Deutschen Evangelischen Kirchentages übermittle ich – auch im Namen der Bundesregierung – meine herzlichen Grüße und wünsche Ihnen allen fruchtbare Diskussionen im Geist christlicher Begegnung.

---

## Wir haben nur einen Gott

– Predigttext –

---

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bundesratsminister Albrecht Martin, hatte auf dem Kirchentag einen der 75 Eröffnungsgottesdienste übernommen. In der Matthäikirche predigte er über 1. Kor. 8,6:

Liebe Gemeinde,  
in diesen Tagen wird hier in Düsseldorf viel auf uns einströmen, Wichtiges, Erfreuliches und auch wohl Problematisches: wir wollen um Einsicht und Erkenntnis uns bemühen, wir freuen uns an dem Erlebnis der Gemeinschaft weltweiter Kirche, und wir werden uns auseinanderzusetzen haben mit Vorschlägen und Programmen, die als Lösungsmöglichkeiten für die Schwierigkeiten und Nöte unserer Zeit angeboten werden. Da ist es entscheidend, daß durch diesen

Gottesdienst zweierlei von vornherein klar wird: es geht in diesen Tagen zunächst einmal darum, daß sich hier in Düsseldorf die Gemeinde versammelt, um Gottes tröstendes, verheißendes und ganz gewiß auch forderndes Wort zu hören und Antwort darauf zu suchen; und es soll weiter klar sein, daß alles, was in diesen Tagen gedacht und gesagt, vielleicht sogar proklamiert wird, sich messen lassen muß am Wort der Schrift – nicht am einzelnen Zitat, sondern am ganzen Evangelium.

Versuchen wir, uns von Paulus Hinweise für die nächsten Tage geben zu lassen: wir haben nur *einen* Gott – nicht alle möglichen Götter und viele Herren, die mit ihren Ansprüchen an uns herantreten. Wohl

gemerkt – Paulus bestreitet nicht, daß es in unserem Leben vielfältige Herrschaftsverhältnisse und Bindungen, ja Zwänge gibt, aber das alles ist zweit- oder dritrangig, ist aufs äußerste relativiert. Gott allein ist Gott – und daß dieses in unserem Denken und Handeln eindeutig bleibt, darauf haben wir zu achten. Der 24. Psalm, dessen erster Vers die Losung dieses Kirchentages ist, „Die Erde ist des Herrn“, beschreibt diesen Herrn mit den Bildern der antiken Herrscherverehrung, wie wir sie aus der Liturgie der Adventszeit kennen: Der Herr, stark und mächtig, der König der Ehren – modern gesprochen: ein absoluter Herr. Also gewiß kein Herr, mit dem wir unsere Wünsche, Vorstellungen und Programme gleichsam untermauern könnten. Gott wird auch

dort zum Götzen gemacht, wo politische Programme als Forderungen Gottes angegeben werden, wo man nicht mehr fragt, ob man das Programm vor Gott verantworten kann; das ist nämlich etwas ganz anderes!

**Dieser Gott ist der Vater** – unser Vater. Vielleicht kann eine Zeit, die das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern mit dem Wort „Partnerschaft“ meint beschreiben zu können, den umfassenden Sinn des Wortes „Vater“ nicht mehr recht begreifen. Es bringt den so ganz fernem allmächtigen Herrn uns wieder ganz nahe: aus der Autorität wird die Autorität der Liebe. Weil Gott der Vater ist, wird der Mensch neben mir, der Freund, Nachbar, Genosse, der Rivale, der Gegner zum Bruder oder zur Schwester – und das verändert unser aller Verhältnis zueinander entscheidend – auch das werden wir in diesen Tagen zu bedenken haben.

**Von Gott sind alle Dinge** – Erde, Natur, Schöpfung. Wenn Gott der Herr ist, kann der Mensch nicht Herr der Erde sein, sondern allenfalls – und das ist nun wirklich nicht wenig – der Beauftragte, der Verwalter, jedenfalls der für sein Schaffen auf der Erde und an der Natur Verantwortliche. Als der Mensch sündigte und sich gegen Gott erhob, da wurde auch sein Verhältnis zur Natur anders. Der Acker trägt Dornen und Disteln, und der Hunger ist

seitdem zur ständigen Bedrohung für den Menschen geworden. Und als wir hofften, dem Verhängnis zu entrinnen, da vergifteten wir den Boden. Wir werden in diesen Tagen darüber nachzudenken haben, wie wir hier wieder gehorsam sein können, ohne der Hybris zu verfallen und zu glauben, es sei in unsere Hand gegeben, eine neue Erde zu schaffen. Auch mit dem Verbot künstlicher Düngung und des chemischen Pflanzenschutzes allein ist die neue Zeit noch nicht verwirklicht, sondern nur so, daß wir fragen, wie wir vor Gott angesichts der Gefahren und Möglichkeiten unserer Zeit verantwortlich handeln können.

Und schließlich und eigentlich zuerst: **wir haben einen Herrn Jesus Christus**, durch den alle Dinge sind und wir durch ihn. Nach anderen Worten des Apostels dürfen wir erläuternd hinzufügen: durch Jesus Christus sind alle Dinge *neu* geworden, sind *wir neu* geworden. *Darum* ist der majestätische Herr als unser Vater für uns zu erkennen, *darum* sind die Menschen neben uns und die in der Ferne unsere Brüder und Schwestern, *darum* begreifen wir auch unsere Verantwortung für die Schöpfung, sehen wir die Grenzen dessen, was uns möglich, aber auch, was uns erlaubt ist, vielleicht deutlicher.

Ist das alles konkret genug, oder ist das nur Theologie? Die Antwort

hängt davon ab, wie ernst man die Worte des Bekenntnisses nimmt, das Paulus im 8. Kapitel des 1. Korintherbriefes zitiert hat. Man kann natürlich den Satz „Wir haben nur einen Gott, den Vater“ rein dogmatisch verstehen, ohne danach zu fragen, was das für die verschiedenen Bereiche unseres täglichen Lebens praktisch bedeutet. Dagegen hat sich die 2. These der Theologischen Erklärung von Barmen gewandt: Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären. Wir sind sein eigen, im Bereich der Politik, der Technik, als Landwirte und Verbraucher, im täglichen Beruf wie in unserer Familie. Weil das so ist, gibt es keinen Bereich unseres Lebens, in dem wir ihm nicht verantwortlich wären. Aber in vielen Fällen werden Christen als verantwortlich Handelnde sehr verschiedene Antworten auf die Herausforderung in der konkreten Lage geben. Wer dann den richtet, dessen Antwort anders ausfällt als die eigene, kann sich jedenfalls nicht auf den Apostel Paulus berufen. Vielleicht ist das heute eine der schwersten Aufgaben, den Bruder zu ertragen und ernst zu nehmen, der in konkreter Lage anders denkt und entscheidet als man selbst. Gebe Gott, daß wir in diesen Tagen auch in dieser Aufgabe weiterkommen.

---

## Die Deutschen und ihre Identität

---

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hielt auf dem 21. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf am 8. Juni 1985 einen Vortrag zum Thema: „Die Deutschen und ihre Identität“.

Dieser Vortrag brachte dem Kirchentag neue Rekordzahlen: 18 000 Kirchentagsbesucher hörten dem Bundespräsidenten zu, davon 7000 wegen Überfüllung der Halle im Freien.

Im folgenden sind wesentliche Passagen aus dieser Rede zusammengestellt.

---

### Zur deutschen Geschichte

---

Ähnlich wie schon in seiner Rede zum 8. Mai wies Richard von Weizsäcker auch diesmal den Weg in die Geschichte, ohne die die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft nicht zu bewältigen sind.

„Die deutsche Geschichte hat noch nie den Deutschen allein gehört. Mehr als andere haben wir er-

fahren, daß Geschichte Wandel ist. Auf die Frage nach der politischen Gestalt der europäischen Mitte hat es bisher noch nie eine endgültige Antwort der Geschichte gegeben. Auch die heutige Gestalt dürfte nicht das letzte Wort der Geschichte sein.

Das erfüllt die Menschen in Europa mit ganz unterschiedlichen Gefühlen: Mit Sorgen die einen, mit Hoffnung die anderen, mit gemisch-

ten Gefühlen die dritten. Ihnen allen gegenüber, den Besorgten, den Hoffenden, den Suchenden, ist unsere Verantwortung groß.

Aber es hat nicht nur ständige historisch-politische Veränderungen des Deutschseins gegeben. Sondern es gibt auch gute Gründe für Schwankungen unseres Selbstbewußtseins, die unsere Identität beeinflussen und die Hand in Hand mit unserer Geschichte gehen. Mal wollte man gern Deutscher sein, sich vorzeigen – mal eher sich klein und unsichtbar machen.“

---

#### 40 Jahre danach

---

Auch die Auseinandersetzung mit den dunklen Kapiteln unserer Geschichte gehört nach Ansicht des Bundespräsidenten notwendig zur Bestimmung des Selbstverständnisses.

„Wir müssen die Vergangenheit kennen, wir dürfen der Erinnerung gerade dort nicht ausweichen, wo sie schmerzt, wir brauchen ein gemeinsames Grundverständnis darüber.

Wenn ein Volk nicht weiß, wie es zu seiner Vergangenheit steht, dann kann es leicht in die Gegenwart stolpern, dann hat es ein Identitätsproblem.“

---

#### Demokratie und Freiheit

---

Nach Völkermord und Vernichtung schien es so etwas wie eine deutsche Identität nicht mehr zu geben.

„Aber die deutsche Geschichte ist 1945 nicht zu Ende gegangen. Seit bald vier Jahrzehnten gibt es auf deutschem Boden eine freiheitliche Demokratie. Auch dies ist ein Teil unserer Geschichte – ein guter Teil. Wenn heute in der Welt von den Deutschen die Rede ist, werden Freiheit, soziale Rechtsstaatlichkeit und Demokratie mitgedacht.

Unsere Demokratie hat ihre Mängel, wie jede andere auch. Man mag manche solcher Mängel auf typisch deutsche Eigenschaften zurückführen. Aber das führt nicht sehr weit. Unsere besonderen Er-

fahrungen und Erinnerungen belasten uns nicht nur, sie vermitteln uns auch hilfreiche und schützende Einsichten. Wir haben die Erfahrungen von Diktatur, Krieg und Unrechtsstaat wie kaum ein anderes Volk.

Im Erbe unserer Geschichte mit ihren hellen und dunklen Kapiteln ist dies ein besonders schwerer Abschnitt. Aber je besser wir ihn verstehen, je klarer wir die Erinnerung wahren, je unzweideutiger wir die Verantwortung für die Folgen tragen, desto weniger erwachsen aus der Vergangenheit Krisen unserer Identität. Desto besser sind wir uns selbst und unseren Nachbarn verständlich.“



---

#### Teilung und doppelte Randlage

---

Auf der Suche nach ihrer Identität belastet die Deutschen besonders das Problem der Teilung.

„Wir leben heute in zwei voneinander unabhängigen Staaten und in zwei unterschiedlichen Gesellschafts- und Bündnissystemen. Der Begriff ‚deutsch‘ ist wesentlich vom Schicksal der Teilung gezeichnet. Dennoch ist er der Teilung selbst nicht zum Opfer gefallen. Die Menschen in der DDR sind nicht nur Bürger ihres Staates, sondern sie sind zugleich auch Deutsche, Deutsche wie wir. Mit dem Kriegsende kam die Aufteilung in Besatzungszonen, mit dem Ost-West-Konflikt die Spaltung Europas und die Teilung Deutschlands sowie seine Ein-

gliederung in Machtblöcke unterschiedlicher Werte und Ziele. Deutschland geriet aus seiner historischen Mittelposition in eine doppelte Randlage.

Die Grenze zwischen den beiden antagonistischen Blöcken deckt sich mit derjenigen zwischen den beiden deutschen Staaten.

Die Bundesrepublik Deutschland ist der Osten des Westens geworden, die DDR der Westen des Ostens. Die Teilung Deutschlands zu beenden, setzt voraus, daß die Teilung Europas überwunden werden kann.

Trotz doppelter Randlage bleibt Deutschland aber von den Bedin-

gungen seiner Lage in der Mitte Europas geprägt. Zwar ist diese Mitte geteilt, aber sie bleibt die Mitte.“

---

#### Die deutsche Frage

---

Die Einbindung in das westliche Bündnis und die Zusammengehörigkeit mit den Deutschen in der DDR sind „zwei Grunddaten“ für die Bundesrepublik Deutschland, die scheinbar nur schwer in Einklang zu bringen sind.

„Diese doppelte Lage, die sich aus unserer eindeutigen Westbindung und unserem Willen zum Ausgleich mit dem Osten ergibt, wird oft als unbequem empfunden, von Deutschen ebenso wie von Nachbarn. Wahr ist, daß die Teilung den

von ihr betroffenen Menschen schwere Lasten auferlegt und daß sie ihnen Menschenrechte vorenthält. Wahr ist auch, daß es eine deutsche Frage gibt, die unbequem ist.

Wenn einer eine Frage hat, möchte er in der Lage sein, sie zu beantworten und damit zu erledigen. Und wenn man sie nicht beantworten kann, dann möchte man am liebsten ihre Existenz leugnen. Das ist menschlich verständlich. Aber Fragen verschwinden nicht einfach deshalb vom Erdboden, bloß weil man sie nicht beantworten kann. Das beweist die Geschichte immer wieder.

Mit einer deutschen Frage zu leben, ist für die Deutschen nicht neu. In der Mitte des 19. Jahrhunderts war das politische Geschehen

in Deutschland geradezu von der deutschen Frage beherrscht. Man rang um Einheit und um Freiheit, im Sinne verfassungsmäßiger, freiheitlicher Bürgerrechte.

Auch heute bewegt sich die deutsche Frage im Spannungsfeld von Einheit und Freiheit. Aber es ist anders als damals. Der Kern der Frage ist die Freiheit. Ein Fortschritt in Richtung auf Einheit um den Preis von Freiheit wäre ein Rückschritt.

Das Thema der Einheit, das sich uns heute stellt, ist primär ein gesamteuropäisches. Seine Substanz sind nicht wie früher nationale Grenz- und Gebietsfragen. Es geht nicht darum, Grenzen zu verschieben, sondern Grenzen den trennenden Charakter für die Menschen zu nehmen.

Einheit der Europäer heißt nicht staatliche Einheit oder Gleichheit der Systeme, sondern ein gemeinsamer Weg bei einem menschenwürdigen Fortschritt der Geschichte. Die deutsche Frage ist in diesem Sinne eine europäische Aufgabe.“

Zu Beginn seiner Amtszeit, vor genau einem Jahr, hat Richard von Weizsäcker betont, es gäbe keinen unpolitischen Präsidenten, Überparteilichkeit könne kein anderes Wort für Meinungslosigkeit sein. Dies hat er mit seiner Rede vor dem Kirchentag erneut eindrucksvoll bewiesen. Er hat sich um deutliche Standortbestimmungen und Orientierungshilfen bemüht. Dafür waren ihm seine zumeist jugendlichen Zuhörer besonders dankbar.

Birgit Heide

---

## Antwort an Erhard Eppler

Hans-H. Schneider

---

In seiner Rede „Rüsten auf Kosten der Ärmsten“ vom 6. Juni auf dem Düsseldorfer Kirchentag stellt Dr. Erhard Eppler einen Satz an den Anfang, der auf andere gemünzt ist, der aber auch für seine eigenen Ausführungen Anwendung finden soll: „Politische Sprache hat häufig die Aufgabe, Wirklichkeit nicht zu benennen, sondern ihre Konturen zu verwischen oder auch eine Wirklichkeit vorzutäuschen, die in das jeweilige Machtkalkül paßt. Daher beginnt saubere Analyse meist mit begrifflichen Aufräumarbeiten.“

---

### Vom „Krieg der Sterne“

Den Teil seiner Rede, der der Rüstungsproblematik gewidmet ist, beginnt Eppler mit der Frage:

„Was bedeutet . . . die Vorbereitung auf den Krieg der Sterne, die man heute nur noch mit der vorgeschriebenen Abkürzung SDI benennt?“

Wer in dem Zusammenhang mit SDI vom Krieg der Sterne spricht – wohlgermerkt, ohne Gänsefüßchen!

– verbirgt damit, daß es sich hier um den Rückgriff auf einen Filmtitel handelt, in dem übrigens etwas ganz anderes dargestellt wird, als im SDI-Forschungsprogramm intendiert ist, nämlich ein mit Raumschiffen ausgetragener interstellarer Krieg. Das mag spannendes Kino sein, Nervenkitzel oder Klammotte, es ist ein Produkt der Phantasie und hat mit den Forschungsaufgaben nichts zu tun. Das Kürzel SDI hat niemand vorgeschrieben, es entspricht amerikanischem Sprachgebrauch und hat sich einfach durchgesetzt, ebenso wie die griffige Formel vom ‚Krieg der Sterne‘.

Das meiste, was über das SDI-Programm gesagt oder geschrieben wird, befaßt sich weniger mit dem eigentlichen Forschungsvorhaben, sondern vielmehr mit den Anwendungsmöglichkeiten künftiger Ergebnisse desselben. Man kann über die denkbaren Auswirkungen spekulieren, muß sich aber

doch darüber klar sein, daß dabei die Phantasie den Realitäten weit vorseilt. Durch SDI sollen die Möglichkeiten erst erkundet werden, mit denen da spekuliert und politisiert wird; noch wird in den USA an der Konkretisierung der Aufgabenstellung gearbeitet, noch ist man dabei die Aufgaben zu definieren, Lösungen liegen noch in weiter Ferne und vor Entscheidungen über deren künftige Erprobung oder Anwendung sollen Verhandlungen mit der Sowjetunion stattfinden.

Die von Eppler behauptete ‚Vorbereitung auf den Krieg der Sterne‘ gibt es nur in seiner Phantasie, vielleicht auch in den Köpfen vieler Zuhörer, denen er das eingeredet hat. Der ‚Krieg der Sterne‘ ist auch nicht etwa nachträglich in verschleiern der Absicht mit dem Kürzel SDI benannt worden, Eppler ist es, der mit falscher Benennung eine in sein Machtkalkül passende Wirklichkeit vortäuscht, er propft der Abkürzung

mit kalkulierter Absicht eine Schreckensvision auf: die Kinoversion vom Krieg im Weltraum. An anderer Stelle spricht Eppler selbst ganz korrekt von ‚Raketenabwehr aus dem Weltraum‘. Hier aber kann von sauberer Analyse keine Rede sein; man kann aus vielerlei Gründen das SDI-Vorhaben ablehnen, hier aber wird mit begrifflichen Manipulationen versucht, emotional von dem Projekt abzuschrecken.

In einem weiteren Satz versucht Eppler es mit einem logischen Trick:

„Wer von strategischer Verteidigungs-Initiative spricht (Initiative heißt anfangen!), der verzichtet auf das übliche Argument, die andere Seite habe längst angefangen, die Initiative ergriffen, jetzt müsse man ‚nach‘-rüsten. Nein, hier fängt wirklich einer etwas an, was der andre nicht anfangen möchte.“

Wenn jemand die Initiative ergreift, um einen Berg zu besteigen, ist damit doch nicht gesagt, daß es sich um eine Erstbesteigung handelt. Andere können schon längst oben sein, wie hier z. B. die Sowjetunion längst mit der militärischen Nutzung des erdnahen Weltraumes begonnen hat – sie hat als einzige Macht dort erfolgreich sogenannte Killer-Satelliten erprobt. Militärische Beobachtungssatelliten beider Weltmächte bevölkern den Orbit seit langem. Die Überhöhung des Wortsinnes von ‚Initiative‘ enthebt Eppler aber der Notwendigkeit, sich mit diesen Fakten auseinanderzusetzen. Seine willkürliche Sprachauslegung dient dazu, den Amerikanern etwas zu unterstellen, wovon er die Sowjetunion im gleichen Satz entlastet, obwohl sie seit langem vergleichbare Forschungen betreibt.

---

### **Unverwundbarkeit und Weltherrschaft**

---

Eppler stellt dann eine These auf:

„SDI ist der Versuch einer Weltmacht, sich unverwundbar zu rüsten. . . . Unverwundbarkeit bedeutet Herrschaft. Wie der eine unverwundbare Mensch der Herr über alle anderen wäre, so wäre der

eine unverwundbare Staat der Herr über alle anderen.“

Er baut sich hier mit dem Wort ‚Unverwundbarkeit‘ begrifflich etwas auf, was für seine Argumentation eine Schlüsselbedeutung hat, denn er leitet daraus ja die Behauptung eines amerikanischen Weltherrschaftsanspruches ab. Er übersieht dabei absichtlich, daß das Wort im gängigen Sprachgebrauch ja nicht als exakte Definition eines Zustandes gemeint ist, sondern eher übertreibend oder zuspitzend die Tendenz zu einer Verringerung der Verwundbarkeit zum Ausdruck bringen soll. Da das SDI-Programm sich ja nur mit der Abwehr ballistischer Raketen befaßt, kann selbst im Falle eines 100prozentigen Erfolges ja nur diese Form der Bedrohung abgewehrt werden, die bekanntlich nicht die einzige ist.

Eppler glaubt keineswegs an einen Erfolg des SDI-Programms, aber:

„Darauf kommt es jetzt gar nicht an. Denn wichtig ist die Absicht.“

Es kommt Eppler nur darauf an, dem Amerikaner die böse Absicht anzuhängen; er macht sich dazu aber nicht die Mühe, diese aus Äußerungen oder Handlungen der amerikanischen Regierung, des Präsidenten oder von Militärs nachzuweisen, er bedient sich dazu eines Rückgriffes auf die Römer; das erlaubt ihm, die Neigung zum Waffengebrauch aus dem Waffenbesitz abzuleiten:

„Wenn der eine nur ein Schwert und der andere Schwert und Schild hätte, wäre dieser andere erstmals versucht, von seinem Schwert Gebrauch zu machen.“

Selbst für damalige Verhältnisse war das falsch, denn die größere Kampffähigkeit oder Kampfbereitschaft des so ausgerüsteten Soldaten war schon bei den Römern eine Sache, der Entschluß einen Krieg anzufangen eine ganz andere. Aber das Römische Reich liefert ein Beispiel für einen Weltherrschaftsanspruch, verbunden mit militärischer Überlegenheit.

„Der Unverwundbarkeit des Römischen Reiches entsprach die totale Verwundbarkeit aller, die

diesem Reich nicht oder noch nicht einverleibt waren . . . Frieden, das gab es für die Römer erst dann, wenn der Feind besiegt war oder auch, wenn er, wie die Stämme jenseits des Limes, sich duckte, weil er jederzeit besiegt war. Das war die Pax Romana.“

Vom römischen Imperium zum amerikanischen Imperialismus – hier leistet sich Eppler eine Geschichtsklitterung besonderer Güte: als hätten die Römer nicht Rückschläge und schwere Niederlagen erlitten, Invasionen erlebt und Opfer bringen müssen, die der Behauptung von der Unverwundbarkeit Hohn sprechen. Der eigene Glaube an die Unbesiegbarkeit ist etwas anderes, den hat die Rote Armee auch und wenn man nach dem Faktor Expansionsstreben fragt, so hat das Sowjetreich eher Ähnlichkeit mit dem Imperium Romanum als die eher zum Isolationismus neigenden und in Vietnam geschlagenen USA. Aber Eppler geht es gegen alle Erfahrung mit der Politik der USA und alle Kenntnis ihrer Geschichte und ihres demokratischen politischen Systems nur darum, die Weltherrschaftsabsicht zu unterstellen. Dazu holt er sogar den germanischen Siegfried hervor, der ja im Drachenblut badete, um unverwundbar zu werden, und meint dazu, dem amerikanischen Siegfried werde mehr als ein Blatt auf den Rücken fallen, d. h. es wird mehr als ein ‚Fenster der Verwundbarkeit‘ offenbleiben.

Die gleiche böse Absicht vermutet Eppler zwar auch bei der Sowjetunion, aber: „Nur ist sie ökonomisch und technologisch schlicht zu schwach, um aller Welt eine Pax Sovietica aufzuerlegen.“

Nun, für Afghanistan reicht es noch; aber was angesichts des technischen Standards und der Leistungsfähigkeit der sowjetischen Rüstungsindustrie als groteske Fehleinschätzung anmutet, ist eigentlich nur als Kontrapunkt zu einer anderen These gemeint:

„Wenn es eine Weltmacht gibt, die sich eine Chance ausrechnen kann auf eine Pax im römischen Sinne, dann sind es die Vereinigten

Staaten. . . Sie allein können sich auf das ökonomische Abenteuer einlassen, Unverwundbarkeit zu erüsten.“

Hier wird die Wirklichkeit so interpretiert, daß sie das Vorurteil zu stützen geeignet ist; vor allem wird wieder aus der angenommenen Fähigkeit auf die behauptete Absicht geschlossen. Eppler will einfach Recht haben, auch wenn er selbst keine Chance für eine „Unverwundbarkeit“ sieht, will er die amerikanische Führung entlarven, danach zu streben.

---

### Absolute und relative Sicherheit

---

„Gegen jede Waffe ist, seit es Menschen gibt, eine Gegenwaffe erfunden worden. Und dann kommt die Gegen-Gegenwaffe . . . Das wird zwar nie zur Unverwundbarkeit einer Seite führen, aber es bedeutet den unbegrenzten – oder doch nur von der Katastrophe begrenzten – Wettlauf um immer neue Qualitäten von Rüstung.“

Bestehende Waffen können durch die Entwicklung von Abwehrmitteln entwertet oder wirkungslos gemacht werden; das Gegenmittel kann dagegen nicht die außer Kraft gesetzte Waffe sein – in diesem Falle die atomar bestückten ballistischen Raketen. Die Überwindung der Atomraketen als Bedrohungs- oder Abschreckungsinstrument – war das nicht seit langem das von beiden Kirchen immer wieder angeordnete Ziel? Wenn Eppler aber das darauf gerichtete SDI-Programm als ‚unvorstellbar teuer‘ bezeichnet, warum folgert er nicht daraus, daß die doch nach seiner Einschätzung ökonomisch und technologisch so schwache Sowjetunion darüber nicht mehr wird hinauskommen können?

Dazu rät Eppler, sich auf ‚biblische Wahrheiten‘ zu besinnen:

„In der Bibel, zumal im Neuen Testament, ist nirgendwo davon die Rede, wir sollten nur nach absoluter Sicherheit oder gar nach der absoluten Waffe streben, dann werde uns das übrige alles zufallen . . . Wo Frieden nicht von Menschen gestiftet, sondern von der absolu-

ten Waffe erzwungen werden soll, befinden wir uns unendlich weit weg von der Nachfolge Jesu.“

In der Bibel ist in der Tat von den militärischen Sicherheitsfragen unserer Zeit nicht die Rede.

Epplers ‚biblische Wahrheit‘ setzt voraus, daß es ein Streben nach absoluter Sicherheit gäbe, daß die USA nach der absoluten Waffe suchten. Was aber sagt die Bibel zu einem Streben nach relativer Sicherheit? Kann eine von falschen Voraussetzungen ausgehende Aussage eine ‚biblische Wahrheit‘ sein? Ist es nicht vielmehr eine höchst subjektive Wahrheit aus Epplerschem Geiste? Wenn er von „unser Sicherheitswahn, unsere Sicherheitsbesessenheit“ spricht, so kann er nur sich und seine Anhänger meinen, die der Führung der USA solche exzessiven Bestrebungen unterstellen.

Wer so ‚falsch Zeugnis‘ redet, der ist „unendlich weit weg von der Nachfolge Jesu“!

Für Eppler beginnt der „Wettlauf zum Tode“ nicht erst mit der Erprobung neuer Waffen, für ihn hat er mit dem Forschungsprogramm schon begonnen und er vermutet, daß er tödlich endet, denn „Siegfried ist wohl gerade deshalb erschlagen worden, weil er sich unverwundbar machen wollte.“

Rechnet Eppler mit einem Präventivschlag der Sowjetunion? Er übersieht wohl, daß Forschung auch nach dem ABM-Vertrag, der Raketenabwehrsysteme mit einer Ausnahme zu stationieren verbietet, erlaubt und kein Anlaß ist, auf einen Knopf zu drücken.

---

### Sicherheitspolitik und Entwicklungshilfe

---

Da Eppler diese Ausführungen in einem entwicklungspolitischen Zusammenhang macht, kommt er am Ende zu einer Verschwendungs-These:

„Jetzt soll mit den letzten ökonomischen, technischen und wissenschaftlichen Ressourcen der Kampf um die Hegemonie auf diesem Globus ausgetragen werden . . .

Die Vorbereitung des Krieges der Sterne wird mindestens so viel Geld verschlingen, wie die armen Länder Schulden haben. Er schreibt ihre Ausbeutung über die Jahrtausendwende hinaus fest.“

Das wird zwar nicht mit Zahlen belegt, es bleibt auch der Faktor Zeit außer Betracht; – die noch gar nicht zu beziffernden Aufwendungen für das SDI-Programm verteilen sich ja auf viele Jahre – aber es kommt Eppler gar nicht darauf an, mit dem Geld die Schulden der Entwicklungsländer zu tilgen. In seinen praktischen Schlußfolgerungen sagt er unter Ziffer 2:

„Sogar eine Streichung aller Schulden der Dritten Welt auf einen Schlag würde wenig helfen, wenn sich der Süden nicht von dem Zwang befreien kann, unser europäisch-amerikanisches Entwicklungsmodell nachzuahmen.“

Nicht die Schulden der Entwicklungsländer bedingen also ihre ‚Ausbeutung‘, sondern der unterstellte ‚Nachahmungszwang‘. Eppler meint eigentlich etwas anderes: die Abkoppelung von den schädlichen Leitbildern, von der Abhängigkeit von der kapitalistischen

---

## Aus dem Inhalt

Ein Kirchentag urteilsfähiger Staatsbürger Albrecht Martin	1
Grußwort des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl an die Teilnehmer des 21. Deutschen Evangelischen Kirchentages	2
Wir haben nur einen Gott Predigttext von Albrecht Martin	2
Die Deutschen und ihre Identität Richard von Weizsäcker	3
Antwort an Erhard Eppler Hans-H. Schneider	5
Kommentar Zum „Gemeindetag unter dem Wort“ 1985 Helmut Matthies	9
In memoriam Alois Mertes 1921–1985 Dr. Arnim Boyens	11
Aus unserer Arbeit	14
Buchbesprechungen	15

Welt. Können sozialistische Leitbilder diese ersetzen, können die sozialistischen Staaten die Hilfe der leistungsfähigen Industrieländer des Westens ersetzen? Die Zahlen sprechen dagegen. Grundsätzlich müssen die Entwicklungsländer daran interessiert sein, daß ihnen die einzig zur Hilfe fähigen Partner erhalten bleiben – bei aller Kritik an Ausmaß und Ausführung der Hilfe. Eppler hat völlig Recht, wenn er sagt:

„Nach dem atomaren Holocaust gäbe es auch keine Banken mehr, auf die Zinsen abzuführen wären.“

Vorher aber schmälert der Sicherheitsaufwand nicht die Fähigkeit der Banken zur Kreditvergabe, im Gegenteil: der Kostenaufwand, mit dem sich Banken gegen Einbrüche schützen, liegt auch im Interesse ihrer Kunden. Ebenso haben auch die Entwicklungsländer grundsätzlich ein Interesse an dem Sicherheitsaufwand der westlichen Industrieländer, erhält er ihnen doch die leistungsfähigsten und -willigsten

Partner für ihre Entwicklung. Ohne äußere Sicherheit gibt es keine wirtschaftliche Entwicklung. Eppler stellt daher die falschen Fragen, wenn er sagt:

„Die Frage ist, ob es Christen erlaubt ist, einer Utopie der absoluten Sicherheit, ja der Unverwundbarkeit nachzujagen und dabei am Wegrand Millionen Hungernder krepieren zu lassen. Die Frage ist, ob wir auf Kosten der Armen versuchen dürfen, etwas zu errüsten, was uns in der Bibel nirgendwo verheißen ist: die vollkommene Sicherheit.“

Diese Fragestellung ist so zu rechtgebogen, daß jeder normale Mensch darauf nur mit einem entschiedenen Nein antworten kann. Was aber bleibt von ihrer Brisanz, wenn das behauptete Ziel nur eine Unterstellung ist? Gäbe es in der amerikanischen Führung eine ‚Utopie der absoluten Sicherheit‘, müßte in einem Land mit Presse- und Meinungsfreiheit eine Auseinandersetzung in der öffentlichen Meinung darüber erkennbar, müßten die kritischen Stimmen unüberhörbar sein.

Das SDI-Programm samt seiner Zielsetzung ist in den USA heftig umstritten, aber weder Befürworter noch Gegner desselben verabsolutieren es; die Geiselnahmen der jüngsten Zeit zeigen zudem, in welcher Weise die USA trotz aller Rüstung verwundbar und erpreßbar sind. Man sollte auch nicht so tun, als ob Politik sich nur solche Ziele setzen dürfe, die uns in der Bibel verheißen sind; nach relativer Sicherheit zu streben, ist dem Menschen sicher erlaubt und gemäß. Der Verursachungszusammenhang von Rüstung und Hunger in der Welt ist eine politische Zweckbehauptung, bestenfalls eine Halbwahrheit. Die Menschen in Afrika hungern nicht, weil die westlichen Industrieländer so viel rüsten; sie würden auch ohne diese Rüstung hungern, denn Machtpolitik und Mißwirtschaft in ihren eigenen Ländern gingen weiter. Wie die jüngsten Erfahrungen gezeigt haben, fehlt es nicht an Hilfsbereitschaft, Geld oder Hilfsgütern, aber Bürgerkriege und Gleichgültigkeit der herrschenden Oberschicht ge-

genüber der Not im eigenen Volke lassen manchmal sogar die Transportflugzeuge der Luftwaffen zur einzigen Chance werden, die Nahrungsmittel zu den Hungernden zu bringen. Eppler müßte es aus langer eigener Erfahrung besser wissen: die westliche Sicherheitspolitik ist nicht die Ursache des Hungers und das Verhalten der Geberländer rechtfertigt es nicht, die Opfer als Ergebnis ihrer Rücksichtslosigkeit darzustellen, indem man von Millionen spricht, ‚die am Wegrand krepieren‘.

Auch wenn er meint, daß man, wenn man die Atomwaffen wirklich loswerden wollte, der anderen Seite nur anzubieten brauchte, sie alle ‚nacheinander zu vernichten, spricht Eppler, als habe er nie mit Abrüstungsfragen zu tun gehabt. Selbst wenn es so einfach ginge – ohne alle die komplizierten Fragen der Kontrolle usw. zu stellen, die seit vielen Jahren die Verhandlungen zu frustrierend machen – die Kriegsgefahr wäre damit nicht aus der Welt geschafft; alle derzeit geführten Kriege sind rein konventioneller Art und auch der Versuch, das Kräftegleichgewicht nur mit konventionellen Mitteln aufrechtzuerhalten, würde einen gleichermaßen hohen Kostenaufwand erfordern.

### Politische Agitation

Eppler hat sich mit seiner Rede über das „Rüsten auf Kosten der Armen“ ein verfehltes Thema gestellt, demagogisch wie der Vorwurf ist auch seine Argumentation in dem Rüstungsfragen gewidmeten Teil seiner Rede. Indem er sich sprachliche Manipulationen und intellektuelle Unredlichkeiten leistet, tut er genau das, wovon er in seiner Einleitung gewarnt hat: er täuscht eine Wirklichkeit vor, die in sein politisches Kalkül paßt. Ist Eppler so naiv oder ist er schon so rechthaberisch, daß ihm das gar nicht zum Bewußtsein kam? Oder hat er den Kirchentag bewußt für eine solche Rede benutzt, war er die Tribüne für seine Agitation? Es war keine christliche Rede, sondern eher ein Dokument theologisch verbrämter politischer Agitation.

#### Unsere Autoren:

Minister Albrecht Martin  
Landesvertretung Rheinland-Pfalz  
Schedestraße 1  
5300 Bonn 1

Birgit Heide, MA  
EAK-Bundesgeschäftsstelle  
Friedrich-Ebert-Allee 73-75  
5300 Bonn 1

Hans-H. Schneider  
Diplom-Politologe  
Königswinterer Straße 156  
5300 Bonn 3

Dr. Horst Waffenschmidt, MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär  
im Bundesinnenministerium  
Graurheindorfer Straße 198  
5300 Bonn 1

Helmut Matthies  
Idea Wetzlar  
Postfach 1820  
6330 Wetzlar

Militärdekan Dr. Arnim Boyens  
Evangelisches Kirchenamt  
für die Bundeswehr  
Godesberger Allee 107a  
5300 Bonn 2

K. Rüdiger Durth  
Frankenstraße 15  
5300 Bonn 2

Dirk Metz  
Presse Sprecher des CDU-LV Hamburg  
Leinpfad 32  
2000 Hamburg 60

## Dr. Horst Waffenschmidt zum Ablauf des Kirchentages

1. Die vielen Menschen, die zum Kirchentag kommen, insbesondere die jungen Menschen, haben Fragen nach der Orientierung für ihr Leben. Ihnen sind wir Antworten aus dem Glauben schuldig. Es ist erfreulich, daß es auf dem Kirchentag viel Gelegenheit zu Gesprächen über den Inhalt des christlichen Glaubens gegeben hat.
2. Das Zusammensein der Menschen auf dem Kirchentag war von einer guten Atmosphäre bestimmt. Es gab zahlreiche echte geistliche Schwerpunkte, z. B. in den Bibelarbeiten. Diese Schwerpunkte sollten noch verstärkt werden.

**Besonders hervorzuheben ist dies: Auf dem Kirchentag waren viele Christen mit einem frohen Herzen. Dies wirkte ermutigend und ansteckend.**

3. Es bleibt für den Kirchentag eine Gefahr, daß einige politische oder gesellschaftliche Ansichten zu stark und zu einseitig akzentuiert werden.

Christen können aber aus ihrem Glauben heraus zu unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Ansichten kommen. Dies muß von allen Verantwortlichen für den Kirchentag künftig mehr berücksichtigt werden, und zwar bei der Vorbereitung und Durchführung der Arbeit in den einzelnen Arbeitsbereichen des Kirchentages und bei der Einladung von Rednern und Gruppen.

## Kommentar

– Zum „Gemeindetag unter dem Wort“ 1985 –

Helmut Matthies

### Mehr Besucher als erwartet

Am Anfang stand Kritik an einer Pressemeldung. 50000, hatte es geheißen, kämen zum „Gemeindetag unter dem Wort“ am 6. Juni nach Stuttgart. Weil man bestensfalls mit 25000 bis 30000 rechnete, sah man schon die Schlagzeile vor sich: „Nur die Hälfte erschien.“ Die Erwartungen waren deshalb so gering, weil gleichzeitig der Kirchentag stattfand, man bundesweit kaum geworben hatte und erst zehn Tage zuvor, zu Pfingsten, die traditionellen Treffen der württembergischen Pietisten mit über 20000 Besuchern – besonders Jugendlichen – gewesen waren. Alle Schätzungen über 30000 Gemeindetagsteilnehmer wurden entsprechend in den Bereich der Wunder verwiesen. Das Wunder, das dann tatsächlich geschah, übertraf alle ohnehin geringen Höhenflüge: Was ursprünglich gar nicht als Gemeindetag gedacht war, wurde zum Rekordtreffen: 60000 Besucher aus ganz Deutschland (auch die DDR war vertreten) und den Nach-

barländern reisten an. Mehr als je zuvor hatten damit an dem seit 1973 durchgeführten „evangelikalen Kirchentag“ teilgenommen, der diesmal von der Ludwig-Hofacker-Vereinigung, dem Zusammenschluß evangelikaler Kreise in Württemberg, verantwortet wurde.

### Gemeindetag in Konkurrenz zum Kirchentag?

Vom bisherigen Rhythmus her – alle zwei Jahre ein Gemeindetag im Wechsel von Nord und Süd – wären nach Essen 1984 die Stuttgarter erst 1986 wieder dran gewesen. Zum Gemeindetag 1985 verhalf ihnen vor allem ein ganz und gar weltliches Unternehmen: die Organisation der Messe Stuttgart. Seit Jahren hatte die Ludwig-Hofacker-Vereinigung gehofft, den Killesberg für ihre Jahreskonferenz zu erhalten. Nun hieß es: 1985 können die Pietisten kommen. Sie kamen und konnten statt der bisher in verschiedenen Orten gleichzeitig veranstalteten Hofacker-Konferenzen eine gemeinsame an zentraler Stelle

durchführen. So wurde die 29. Ludwig-Hofacker-Konferenz gleichzeitig ein regionaler „Gemeindetag unter dem Wort“. Das zeitliche Zusammentreffen mit dem Kirchentag in Düsseldorf hat sich das Kirchentagspräsidium zuzuschreiben: Seit Jahrzehnten finden traditionelle pietistische Veranstaltungen – wie die Hofacker-Konferenz – an Fronleichnam statt. Der Kirchentag wußte, was er tat, als er in seine Düsseldorfer Veranstaltung den Fronleichnamstag miteinbezog. Er begründete es mit zeitlichen Zwängen und schuf sich damit selbst eine Konkurrenz.

### Gemeindetag – kein Antikirchentag

Vielleicht war es gut so, wurden doch auf diese Weise die völlig unterschiedlichen Akzente beider Veranstaltungen sichtbar. Am Tag nach Fronleichnam wurde die Spaltung des Protestantismus auch in der Tagespresse offensichtlich: Da hieß es in der „Frankfurter Rundschau“, die „befreiungstheologi-

schen Bibelarbeiten“ der Professoren Dorothee Sölle und Luise Schottroff, die beide theologisch ähnlich und politisch Sozialisten sind, hätten an Fronleichnam einen besonderen Besucherandrang erlebt. Die Tageszeitung „Die Welt“ am gleichen Tag über den Gemeindetag: Es gab eine „einhellige Ablehnung des Mißbrauchs der Bibel“ für tagespolitische Interpretationen.

Der Gemeindetag ist dennoch kein Antikirchentag. Es gäbe ihn zwar nicht – wie Dekan Rolf Scheffbuch, Leiter der Hofacker-Vereinigung, sagt –, wenn der Kirchentag biblisch ausgerichtet wäre. Mittlerweile hat er aber ein eigenständiges Profil erhalten. Und auch das ist gut so. Der Gemeindetag lebt nicht von kontra, sondern vom pro Christus. Daß dann in den letzten Wochen nicht mehr das „Regionale“ des Gemeindetages betont wurde, lag einmal am Zuspruch zu dem Treffen aus weiten Teilen Deutschlands, der Schweiz, Österreichs und dem Elsaß und zum anderen auch daran, daß das Programm für den Kirchentag in Düsseldorf nicht nur von evangelikaler Seite als so einseitig empfunden wurde, daß der Gemeindetag dann auch öffentlich von den Veranstaltern als „bewußte Alternative“ zum pluralistischen Kirchentag hingestellt wurde.

### Ergebnisse

Der „Gemeindetag unter dem Wort“ 1985 hat deutlich gemacht:

1. Eine klare christuszentrierte Verkündigung ist nicht nur geboten, sondern auch gefragt. Ebenso eine eindeutige Orientierung im ethischen Bereich.

2. Es sind kein Allotria und kein ausufernder Pluralismus notwendig, um Jugendliche „heranzulocken“. Sie kamen zum Gemeindetag trotz oder gerade wegen der „einseitigen“ Verkündigung.

3. Der Gemeindetag hat gezeigt, daß es nicht großer Kosten und vieler hauptamtlicher Mitarbeiter bedarf, um ein Großtreffen mit zahlreichen Arbeitsgruppen zu veranstalten. Was hier der Stuttgarter Pfarrer

Winrich Scheffbuch neben einem großen Pfarramt und zahlreichen übergemeindlichen Leitungsfunktionen zusammen mit einem ehemaligen Zivildienstleistenden, Hans-Burkhardt Gutt, der für die Vorbereitung des Gemeindetages den Beginn seines Studiums verschob, mit hunderten von ehrenamtlichen Helfern zu Wege brachte, ist beispielhaft. Der Gemeindetag wurde im übrigen fast ausschließlich (nur die württembergische Landeskirche gab 50 000 DM Zuschuß) durch Spenden finanziert. Staatliche Gelder waren nicht nötig und nicht gewünscht. Das Ganze war so auch ein Anschauungsunterricht für kirchliche Finanz- und Organisationsfachleute, die angesichts von Kirchensteuer-

mindereinnahmen unnötigerweise um die Substanz bangen.

4. Der Gemeindetag hat schließlich auch gezeigt, daß Politiker kirchliche Treffen nicht nur besuchen, um sich in Grußworten und Reden zu profilieren. Bundesverteidigungsminister Wörner beispielsweise kam „nur“, um geistlich „aufzutanken“. Er wollte nicht einmal begrüßt werden.

Schließlich: Die „Gemeindetage unter dem Wort“ haben sich als eigenständige Christentreffen nicht nur bewährt, sondern sind in der geistlichen Orientierungslosigkeit und missionarischen Schläffheit unserer Zeit unentbehrlich geworden. Möge deshalb bald der nächste Gemeindetag folgen.

## Kirchentag braucht Pietisten

Über das Verhältnis des Kirchentages zum „Gemeindetag unter dem Wort“ am 6. Juni in Stuttgart sagte **Huber**, zwischen den Verantwortlichen herrsche ein „gemeinsames Verständnis“. Die Terminüberschneidung sei durch Zwänge des Kirchentages zustande gekommen. Kurz vor Beginn beider Treffen habe „eine ganz bestimmte Gruppe“ die Rede vom Gemeindetag als „Anti-Kirchentag“ aufgebracht. Dies seien jedoch keine repräsentativen Äußerungen. Im übrigen brauche der Kirchentag die Mitwirkung der Pietisten. Zuvor hatte Huber erklärt, „daß der Kirchentag sich in der Sorgfalt seiner theologischen Arbeit von keiner vergleichbaren Großveranstaltung überbieten lasse“.



Sie planten neben anderen den Kirchentag (von links): Heinz Steege, geschäftsführendes Vorstandsmitglied; Prof. Wolfgang Huber, Präsident; Irene Danzer-Vanotti, Presseabteilung und Dr. Carola Wolf, langjährige Pressechefin des Kirchentages.

---

# In memoriam Alois Mertes 1921–1985

Dr. Arnim Boyens

---

Für den plötzlich und unerwartet verstorbenen Staatsminister Dr. Alois Mertes schrieb der Militärdekan Dr. Arnim Boyens folgenden Nachruf.

Alois Mertes war ein Brückenbauer. Wo immer Gräben nationaler Bindung, politischer Überzeugungen, prägender Traditionen und geschichtlicher Gegebenheiten Menschen voneinander trennten, war er bereit, einen Brückenschlag zu versuchen. Seine Sprachbegabung, seine Kenntnisse der Geschichte, der politischen Wissenschaften, gepaart mit einer reichen Berufserfahrung als Diplomat und Politiker kamen ihm in diesem schwierigen Werk des Brückenbaus besonders zustatten.

Der 1921 in Gerolstein in der Eifel geborene Alois Mertes war von 1955 bis 1963 als deutscher Diplomat in Frankreich tätig. 1963 kam er als Referent an die Deutsche Botschaft in Moskau, wo er bis 1966 wirkte und sich besonders für eine Verständigung zwischen Russen und Deutschen einsetzte. Zahlreiche Kontakte zu russischen Dichtern wie z. B. zu Lew Kopelew und anderen führenden russischen Intellektuellen stammen aus dieser Zeit in der Sowjetunion. Seit 1972 gehörte Alois Mertes als CDU-Abgeordneter (Wahlkreis Gerolstein) dem Deutschen Bundestag an. Er war der außenpolitische Sprecher seiner Fraktion, bis er im Oktober 1982 zum Staatsminister im Auswärtigen Amt ernannt wurde. Als überzeugter katholischer Christ diente er seiner Kirche, z. B. lange Jahre als Mitglied des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken. Aber nicht nur der katholischen Kirche, sondern auch anderen Kirchen gegenüber war Alois Mertes bereit, im ökumenischen Dialog als Christ unter Christen seinen Rat und seine Arbeitskraft für Vorträge und Diskussionen zur Verfügung zu stellen.

Ein Brückenschlag lag ihm besonders am Herzen: Die Verständigung

zwischen den Konfessionen, zwischen evangelischen und katholischen Christen. Alois Mertes war ein ökumenischer Brückenbauer.

Ich besinne mich noch gut auf ein Erlebnis, das seine ökumenische Gesinnung zeigt. Es war am Reformationstag 1982. Er rief mich aus seinem Büro nachmittags an und fragte, ob er mit seiner Frau am Reformationsgottesdienst in der Kreuzkirche teilnehmen könne. Erklärend fügte er hinzu, er verstünde den Reformationsgottesdienst als eine Art evangelischer Familienfeier und wolle sich als katholischer Christ nicht aufdrängen. Ich antwortete ihm, er sei herzlich willkommen. Wir sind dann gemeinsam als evangelische und katholische Nachbarn und befreundete Familien zum Reformationsgottesdienst gegangen. Ich erzähle dieses Erlebnis, weil es nicht nur die ökumenische Gesinnung von Alois Mertes, sondern auch sein Einfühlungsvermögen in den Glauben der Schwesterkirche und seinen aus diesem Einfühlungsvermögen geborenen Takt zeigt, beides unentbehrliche Begleiter einer ökumenischen Verständigung zwischen den Kirchen.

In seinen Bemühungen um ökumenische Verständigung war ihm keine Arbeit anderer, die sich um Brücken zwischen den christlichen Kirchen bemühten, unwichtig. Im Frühjahr 1983 hatte er in der Karibik als Staatsminister politische Verhandlungen zu führen. Trotz seiner dienstlichen Beanspruchung hatte er nicht vergessen, daß daheim in Wachtberg-Pech evangelische und katholische Frauen gemeinsam den Gottesdienst zum Weltgebetstag der Frauen vorbereiteten mit dem Thema: Christliche Kirchen in der Karibik. Als Gruß und Zeichen der Ermunterung brachte er allen Frauen der Vorbereitungsgruppe ein Souvenir von seiner Reise aus

der Karibik mit. Das gemeinsame Gebet der Christen für die Einheit der Kirche war für ihn keine Nebensache.

Alois Mertes bezog in seine Bemühungen um eine ökumenische Verständigung zwischen den Christen auch das jüdische Volk mit ein. Das Volk Gottes ist größer als die Christenheit. In seinem letzten Beitrag in der 137. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Mai 1985, als es um den Bitburg-Besuch des amerikanischen Präsidenten Reagan ging, sprach er davon, „daß die Ehrfurcht vor den Toten mit ihren Gräbern ein Grundsatz unserer jüdisch-christlich geprägten Zivilisation ist.“ Diese Formulierung von „unserer jüdisch-christlich geprägten Zivilisation“ war für ihn kein leeres Wort, sondern lebendige Wirklichkeit. Nur drei Wochen vor seinem Tode erzählte er mir von seinem Besuch in New York und seiner Rede vor dem American Jewish Congress am 8. Mai 1985, in der er den Juden der USA sein Verständnis der Versöhnungsgeste zwischen Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl auf dem Bitburger Friedhof erläutern hatte. Aber nicht dieses beeindruckende Auftreten vor dem American Jewish Congress stand im Vordergrund seiner Reiseschilderung, sondern die Teilnahme am Sabbatgottesdienst einer jüdischen Gemeinde am Tage darauf in New York. „Ich habe mich dort eigentlich zu Hause gefühlt“, sagte er, und als ich ihn etwas fragend anblickte, fügte er hinzu: „Wir haben Psalmen gebetet, und die Psalmen haben wir doch als Christen und Juden gemeinsam.“ Wie zum Beweise holte er das Gebetbuch dieser jüdischen Gemeinde herbei und schlug es auf. Der Vorsteher der Synagoge, ein Jude deutscher Herkunft, hatte es ihm zum Abschied als Geschenk überreicht.

Alois Mertes war ein ökumenischer Brückenbauer. Tragfähige

Brücken kann man nur bauen, wenn man dafür sorgt, daß ihre Pfeiler auf festem Grund ruhen. Alois Mertes war ein in seinem katholischen Glauben fest gegründeter Christ. Deswegen bemühte er sich, den Grund des Glaubens seiner Mitchristen in anderen Kirchen

und den seiner jüdischen Mitbürger ebenfalls kennenzulernen. Aus solchem Kenntnis und solchem Bemühen heraus begann er dann, Brücken zu bauen, Brücken der Verständigung.

Brückenbauer heißt auf lateinisch pontifex. Pontifex maximus ist

ein Ehrentitel des Papstes. Alois Mertes hat diesen Ehrentitel so verstanden, daß damit alle Christen an ihre Aufgabe erinnert werden sollen, Brückenbauer zu sein. Alois Mertes ist ein pontifex gewesen. Dafür danken ihm alle, die ihn in diesem Werke kennengelernt haben.

---

## Vor 40 Jahren: Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands

Dr. Alois Mertes †

---

Die Berliner „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands“, am 5. Juni 1945 von den vier Siegermächten vereinbart und verkündet, ist nach wie vor gültiger Basistext der Nachkriegszeit für die Rechtslage Deutschlands bis zum Friedenstag mit Deutschland, dessen bewaffnete Streitkräfte am 7. Mai 1945 in Reims und am 9. Mai 1945 in Karlshorst „im Namen des deutschen Oberkommandos“ bedingungslos kapituliert hatten. Inhalt und Geltungsbereich der Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte in Bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin, die bis zum Friedensvertrag gelten, ergeben sich aus der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 einschließlich ihrer Anlagen.

Die vier Hauptsieger übernehmen damit die oberste Gewalt (supreme authority) in Deutschland, ohne eine Annexion bewirken zu wollen. Die Präsenz der Westmächte in Berlin hat nicht nur eine Schutzfunktion für die Freiheit der drei Westsektoren. Sie verkörpern vielmehr die Offenheit der deutschen Frage und die Notwendigkeit einer Friedensregelung, in der „das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. US-Botschafter Arthur Burns hat kürzlich ganz in diesem Sinne vor seinem Abschied von Deutschland gerade in Berlin die Treuhänderschaft auch seines Landes für das ganze deutsche Volk in Erinnerung gerufen.

In den letzten Jahren hat es sich eingebürgert, von der „bedingungs-

losen Kapitulation Deutschlands“ zu sprechen. Da unter „Deutschland“ der deutsche Staat verstanden wird, trägt diese Ausdrucksweise zu der geschichtlich und rechtlich irrigen Meinung bei, Deutschland habe sich selbst bei der Kapitulation der Wehrmacht als Staat eigenhändig aufgegeben. Dies trifft keineswegs zu. Der Zweite Weltkrieg und das NS-Herrschaftssystem endeten mit der militärischen Kapitulation der Wehrmacht, nicht aber mit einer Selbstauflösung des deutschen Staates. Im Gegensatz zu einer heute weitverbreiteten Meinung ist die Zerschlagung der staatlichen Einheit Deutschlands ausschließlich die Folge mißbrauchten Sieger- und Besatzungsrechts. Zu keinem Zeitpunkt und bei keiner Gelegenheit hat eine befugte deutsche Autorität eine Preisgabe des deutschen Staates unterzeichnet. Diese unbestreitbare Tatsache bleibt für die politische Zukunft Deutschlands und seiner Hauptstadt von überaus schwerwiegender Bedeutung, auf die beim Abschluß der Ostverträge die Westmächte durch Noten mit Nachdruck hingewiesen haben.

---

### Zur Vor- und Nachgeschichte der Berliner Erklärung:

---

Die Regierung Dönitz, die Jodl und Keitel mit der Unterzeichnung

der militärischen Kapitulation beauftragt hatte, war am 23. Mai 1945 gefangengesetzt worden. Mit der militärischen Besetzung seines gesamten Staatsgebietes war Deutschland zum Objekt des politischen Willens der Siegermächte geworden, ohne daß es völkerrechtlich zu bestehen aufhörte. Dies festzuhalten ist um so wichtiger, als die Hauptsieger ursprünglich eine Kapitulation des deutschen Staates geplant hatten.

Das geht vor allem aus den Dokumenten der Europäischen Beratenden Kommission (Amerikaner, Briten, Russen) hervor, die 1944 die Einteilung „Deutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937“ und das „Besondere Besatzungsgebiet Großberlin“ im voraus festlegten; weiterhin aus den Konferenzunterlagen von Jalta (4. bis 11. Februar 1945). Der ursprüngliche Kapitulationsentwurf sah noch in Jalta vor, daß die deutsche Reichsregierung und – nachrangig – das Oberkommando der Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation Deutschlands bekanntgeben. Infolge allianzinterner Meinungsverschiedenheiten kam es dann aber doch nicht zur Kapitulation des deutschen Staates, sondern letztlich zur militärischen Kapitulation der Wehrmacht.

Ab 1. Juli 1945 kam es zur Durchführung der Londoner Abkommen

vom 12. September und 14. November 1944 über die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen. Die Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) sah die Entnazifizierung, Demokratisierung und Demilitarisierung Deutschlands vor – Begriffe, die von Moskau völlig anders ausgelegt wurden als von Washington, London und Paris. Die fundamentalen Mehrdeutigkeiten von Potsdam wurden zu einer der wesentlichen Ursachen des Ost-West-Konflikts in Deutschland. Während die Westmächte in ihren Besatzungszonen den Deutschen schrittweise die Verwirklichung der individuellen und nationalen Selbstbestimmungsrechte gestatteten, erzwang die sowjetische Besatzungsmacht ab 1945 mit Hilfe einer KPD-Minderheit, die trotz beginnenden Terrors, russischer Truppenpräsenz und großer Not in allen freien und geheimen Wahlen unterlegen blieb, gegen den Willen von SPD, CDU und LDP ab 1945/46 eine neue totalitäre Herrschaftsform.

---

## Frieden in Europa

---

Nicht umsonst hat Marschall Tschuikow in einem Brief an das „Neue Deutschland“, das Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, am 16. April 1975 das Kriegswort Stalins über Deutschlands Zukunft in Erinnerung gerufen. Es lautete: „Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk und der deutsche Staat bleiben“.

Stalin hat nach dem Krieg einen ‚cordon sanitaire‘, eine Art Sicherheitsgürtel westlich der Sowjetunion erzwungen, dem ein entscheidendes Element dauerhafter Sicherheit und europäischen Friedens fehlt: die Zustimmung der Bevölkerung.

Wir Deutschen im Westen unseres Vaterlandes geben – aller Widrigkeit und Resignation zum Trotz – weder die geschichtliche Hoffnung, noch den politischen Willen, noch die menschliche Beharr-

lichkeit auf, die unser nationales Ziel erfordert: „Ein Zustand des Friedens in Europa, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. Es geht dabei – das sagte schon Adenauer – nicht um Grenzen und Gebiete, sondern um etwas viel schwerer Wiegendes: um ein elementares Menschenrecht, das auch die beiden Internationalen Menschenrechtspakte von 1966 ausdrücklich verbrieft. Auch die Sowjetunion wird sich auf lange Sicht nicht der Erkenntnis verschließen können, daß die Verwirklichung des im Brief zur deutschen Einheit formulierten Ziels in ihrem wohlverstandenen Sicherheitsinteresse liegt. Dieses Dokument bleibt aus gutem Grund ein wichtiger Bestandteil der Vertragswerke mit der Sowjetunion (1970) und mit der DDR (1972). Auch das gehört zur Kontinuität unserer Friedenspolitik. Es ist gut, daß die SPD in diesem Punkt sich selbst treu bleibt.

---

## In die DDR kehrt kaum einer zurück

Anhörung zur Aufnahme der Übersiedler: Isolation, Arbeitslosigkeit, Schulprobleme

K. Rüdiger Durth

---

Der Autor dieses Beitrages ist Parlamentskorrespondent und Redakteur bei der Bonner Rundschau

Nüchtern klingt das Thema, das der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen, Gerhard Reddemann (CDU), in der öffentlichen 41. Sitzung aufruft: „Situation der Übersiedler aus der DDR“. Zwanzig Verbände – von der Arbeiterwohlfahrt bis zur „Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge“, von der Caritas bis zum christlichen Jugenddorfwerk – sind gekommen, um über ihre Erfahrungen mit Übersiedlern zu berichten.

Es ist ein menschlich düsteres Bild, das sie den Ausschußmitgliedern vermitteln: Sobald die Übersiedler die Notaufnahmelager Berlin-Marienfelde oder Gießen nach

drei Tagen verlassen haben, beginnt die Zeit der „menschlichen Kälte“, der Isolation, der kleinen und großen Probleme.

Ein „Patentrezept“ der Hilfe gibt es nicht, da die Übersiedler „eine sehr heterogene Gruppe“ darstellen: Für die schulpflichtigen Kinder ergeben sich Probleme schon dadurch, daß sie in der DDR Russisch als erste Fremdsprache lernten und hier mit Englisch und Französisch nicht zurechtkommen.

Die Väter haben Sorgen mit der Arbeit, weil ihre Ausbildung für eine gleichwertige Anstellung wie in der DDR nicht ausreicht. Die Mütter haben kaum Chancen, den Beruf

auszuüben, den sie in der DDR für selbstverständlich hielten.

Vor allem die Jugendlichen finden sich nur schwer zurecht. In den Übergangsheimen sind sie isoliert, werden durch Kredithaie oder Alkohol gefährdet. Das christliche Jugenddorfwerk schlägt deshalb vor, für sie Wohngemeinschaften zu schaffen, die ein Sozialarbeiter leitet.

---

## Neue Abhängigkeiten

---

Vorsitzender Gerhard Reddemann kann die Zahlenangaben der Nichtseßhaftenhilfe kaum glauben: Zehn Prozent aller Nichtseßhaften stammen aus der DDR. Rund

10 000 sind es inzwischen. Tendenz: steigend.

Schwer haben es die ehemaligen politischen Gefangenen. Sie sind oft nicht in der Lage, selbständige Entscheidungen zu treffen. Viele benötigen eine längere ärztliche Hilfe, die wiederum Abhängigkeiten vom Sozialamt schafft.

Fast alle Verbände kritisieren die Übergangsheime. Sie liegen meist in städtischen „Sondergebieten“, die Übersiedler fühlen sich „diskriminiert“. Sie wollen so schnell wie möglich in eine eigene Wohnung, die aber teuer ist. Das führt zu erheblichen Verschuldungen.

Obwohl alle Verbände die Arbeitsmotivation der Übersiedler hoch einschätzen, gibt es Probleme. Auch für die, die Arbeit gefunden haben. Wagen sie Kritik, dann werden sie als „Kommunisten“ beschimpft. Ihre „sächselnde Aussprache“ zieht Hänseleien nach sich. Für die Übersiedler ist es ohnehin schwer, mit dem Leistungsdruck in der Bundesrepublik fertig zu werden.

Vor Monaten startete die DDR eine Kampagne, die besagte, daß Zehntausende von Übersiedlern wieder zurück in das gelobte sozialistische Land möchten. Genaue Statistiken gibt es hier nicht. Und so interessiert sich der innerdeutsche Ausschuß dafür, welche Erfahrungen die Helfer vor Ort gemacht haben.

Die Grundtendenz: So gut wie keiner will wirklich zurück. Manche tragen sich zunächst mit diesem Gedanken, der jedoch kaum in die Tat umgesetzt wird.

Am stärksten ist der Wunsch nach Rückkehr bei den jungen Menschen, die gegen ihren Willen wegen unerwünschten politischen oder kirchlichen Engagements aus der DDR abgeschoben worden sind. Sie wollen zurück zu Eltern und Freunden. Doch alle Verbände kennen mit Sicherheit noch nicht einmal hundert Rückkehrfälle.

Die Politiker hören aufmerksam zu. Sie wollen helfen. Aber in Wahrheit können nur diejenigen helfen, die einen Übersiedler zum Nach-

barn haben. Die persönliche Hilfe, das Verstehen, der kleine Ratsschlag, die Einladung – das wirkt.

---

### Fehlende Anerkennung

---

Vor allem der „Bund der Mitteldeutschen“ beklagt, daß die westdeutschen Behörden neuerdings sehr restriktiv mit der Bewilligung des C-Ausweises (Anerkennung als Flüchtling) umgehen. Die Erfahrung der Arbeiterwohlfahrt: „Dabei geht es nicht um materielle Vorteile, sondern um die Anerkennung dessen, was sie als engagierte Kämpfer für Freiheit und Demokratie bis zur Ausreise durchmachen mußten.“

Immer wieder hat das Deutsche Rote Kreuz erfahren, daß „der Wunsch nach Ausreise oft den Blick für die westliche Wirklichkeit verstellt“. Das gilt besonders für den Arbeitsmarkt: Man weiß zwar um die hohe Arbeitslosigkeit, ist aber überzeugt, daß sie einen selbst nicht trifft.

---

## Aus unserer Arbeit

---

---

### Gespräch zwischen Evangelischer Kirche in Deutschland (EKD) und Evangelischem Arbeitskreis der CDU/CSU:

„Was wird aus der Kirche – was gilt in ihr?“

**Bonn:** Auf Einladung des Bevollmächtigten des Rates der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland, **Prälat Heinz-Georg Binder**, hat ein Gespräch zwischen Vertretern des Rates der EKD und des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU zu vorstehendem Thema stattgefunden.

In seinen einleitenden Worten regte Prälat Binder unter Hinweis auf die absolute Vorrangigkeit des Wortes Gottes und der Heiligen Schrift für das Miteinander in der Kirche an, gegenwärtig beobachtbare Konflikte im Protestantismus aufzuarbeiten. Aus der Bibel könnten keine unmittelbaren Handlungsanweisungen für die Politik gewonnen werden. Die christliche Ethik, deren grundlegende Forderung die Näch-

stenliebe einschließlich der Feindesliebe sei, müsse mit Hilfe der menschlichen Vernunft in konkrete Handlungen umgesetzt werden.

Für die Zukunft der Kirche sei von entscheidender Bedeutung die Mitarbeit der Laien. In den Presbyterien und anderen kirchlichen Gremien müßten sie die ihnen von Luther zugemutete Mitverantwortung für die rechte Verkündigung wahrnehmen.

**Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, Bundesratsminister Albrecht Martin**, griff dies bejahend auf und warnte vor einem Rückfall des Protestantismus in mittelalterliches christliches Schwärmertum, das alle Lebensbereiche aus einer verengten ideologischen Sicht betrachte und beurteile. Gerade aus der Verkündigung könne der an christlichen Werten orientierte Staatsbürger wie auch der Politiker jenes notwendige Maß an Toleranz und Gelassenheit schöpfen, das nicht nur zum Erhalt der Demokratie sondern auch der kirchlichen Gemeinschaft lebensnotwendig sei.

In der mehrstündigen Aussprache äußerten sich in diesem Sinne u. a. auch die stellv. EAK-Bundesvorsitzenden, **Staatsminister Friedrich Vogel** und **Bundestagspräsident a. D. Dr. h. c. Kai-Uwe von Hassel**, **Bundesminister a. D. Dr. Gerhard Schröder**, **Oberkirchenrat Hermann Kalinna** sowie die Ratsmitglieder der EKD **Dr. Müller, Marburg**, **Dr. Hofmann, München** und der **Präsident des Diakonischen Werkes, Karl Heinz Neukamm**.

---

### „Kirche und Politik“

---

**Hamburg:** „Aktuelle Fragen zwischen Kirche und Politik.“ – So lautete das Thema einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises im CDU-Landesverband Hamburg. Und aktueller konnte der Termin, zu dem eigens **EAK-Bundesgeschäftsführer Erhard Hackler** an die Alster gekommen war, kaum sein. Da war der Kirchentag in Düsseldorf und der Gemeindetag in Stuttgart, da war die Wahl des

SPD-Politikers Schmutz zum Präses der EKD und schließlich die anhaltenden Auseinandersetzungen in der nordelbischen Kirche.

Erhard Hackler zog dabei ausdrücklich ein insgesamt positives Fazit des Düsseldorf Kirchentages: „Der Kirchentag, den Sie in den Medien mitbekommen haben, ist ein völlig anderer als der, der real stattgefunden hat“. Der durch die Medien erweckte Eindruck eines „von Politikern überschwemmten Kirchentages einer politisierenden Kirche“, so der EAK-Geschäftsführer, sei falsch. Notgedrungen flüchteten sich die Journalisten zu den vertrauten, handfesten Elementen, den Aktionen, Plakaten und Schlagworten, mit denen sie aus der Politik bestens vertraut seien. Zwar habe es durchaus auch Ärgerliches gegeben, insgesamt aber sei dieser Kirchentag – im Unterschied zu Hamburg und Hannover – ein Ort der Toleranz, des Zuhörens, des Austauschs der Argumente und der Suche nach tragfähigen Lösungen gewesen. Hackler: „Gäbe es den Deutschen Evangelischen Kirchentag nicht, man müßte ihn erfinden!“

Bewußt stellte der Referent vor den Mitgliedern des Hamburger EAK gegenüber, daß an den allmorgentlichen Bibelarbeiten

durchschnittlich 60 000 Menschen teilgenommen hätte, die von der Friedensbewegung veranstaltete Kundgebung dagegen nur 15 000 Demonstranten zählte.

Wesentlich kritischer sah Hackler die Wahl Jürgen Schmutzes zum EAK-Präses. Seine Amtsführung werde mit kritischer Aufmerksamkeit zu verfolgen sein, zumal nach seinen eigenwilligen Lösungsvorschlägen in der Deutschlandpolitik: „Ob diese Entscheidung für die so notwendige Integration in der evangelischen Kirche eine gute Entscheidung war, bleibt abzuwarten“.

Ähnlich sah dies auch der **EAK-Landesvorsitzende Dr. Sieghard-Carsten Kampf**. Der Versuch, die Kirche durch die Politik zu vereinnahmen, führe immer zu Nachteilen. Interessenkollisionen, so Dr. Kampf weiter, würden mit Sicherheit auf Schmutz zukommen, ja gar nicht vermeidbar sein. In diesem Zusammenhang betonte er, der EAK sei ganz bewußt zunächst nicht auf mögliche evangelische Wähler ausgerichtet, sondern sei vor allem das evangelische Gewissen in der Union. Genau darauf zielten auch einige Teilnehmer in der Diskussion ab, die davor warnten, die CDU könne sich zu sehr von der christlichen Bindung lösen: „Die CDU

und ihr Nachwuchs brauchen mehr christliche Orientierung!“

In diese Richtung argumentierte auch EAK-Geschäftsführer Hackler, der die Partei dazu aufrief, sich der neuen Nachdenklichkeit in der Kirche anzunehmen. Viele dächten darüber nach, was auf den von den Sozialdemokraten gezüchteten Irrglauben „alles ist machbar“ folge. Dieser Mangel an Orientierung führe zu Suchbewegungen, zu einer stärkeren Beschäftigung mit Religion gerade bei Jugendlichen. Darauf hatte zu Beginn der Veranstaltung bereits Sieghard-Carsten Kampf hingewiesen: 130 000 Dauergäste beim Kirchentag und 60 000 Menschen beim Gemeindetag unter dem Wort seien ein Beleg dafür, daß die evangelische Kirche ein wesentlicher Faktor in der Gesellschaft sei und bleibe, auch in ihrem Verhältnis zur Politik. Eindeutig wandten sich immer wieder Referent und Diskussionsteilnehmer gegen Versuche einer Politisierung der Kirche. Man halte es dabei mit dem EKD-Ratsvorsitzenden, Landesbischof Lohse: „Wer in der Kirche die eigene politische Gesinnung wichtiger nimmt als das Evangelium von Jesus Christus, verwechselt Glaube mit Ideologie und die Kirche mit einer Partei!“

Dirk Metz

---

## Buchbesprechungen

---

**Jürgen Aretz/Rüdiger May (Hrsg.), Zentralamerika in der Krise. Olzog Verlag München, 286 S., kart. 16,80 DM.**

Die Vorgänge in Zentralamerika polarisieren immer noch die Meinungen der Deutschen. In jüngster Zeit wächst allerdings die Bereitschaft, sich durch sachliche, objektive Informationen aus den Vorurteilen und emotionalen Engagements zu lösen. Das gilt vor allem, aber keineswegs nur für das Verhalten der Sandinisten in Nicaragua. Das eben erschienene Taschenbuch bietet gute Informationsmöglichkeiten aus der Feder deutscher und einheimischer Sachkundiger:

Willi Erl: Determinanten der Unterentwicklung in Zentralamerika – Martin Gester: Ost-West-Konflikt in Mittelamerika? Ottfried Hennig: Was können die Europäer tun? – Oscar Rodríguez: Kirche in Zentralamerika – Jürgen Aretz: Nicaragua – José M. Dávila: Der Kampf gegen das Regime von Managua durch die Gruppen im Exil – José Esteban González R.: Die Situation der Menschenrechte in Nicaragua – Rüdiger May: El Salvador – José Antonio Morales Ehrlich: Der Reformprozeß in El Salvador – Detlef von Appunn: Costa Rica – Josef Thesing: Guatemala – José L. Decamilli: Honduras.

Ein willkommener Überblick mit Betonung der politischen, wirtschaftlichen und kirchlichen Schwerpunkte, der so manche „Berichterstattung“ in ihrer Einseitigkeit entlarvt.

**Detlev Block: Leselöwen-Kindergebete, 60 Seiten mit 50 Zeichnungen von Charlotte Panowsky. Loewes Verlag, Bindlach. 7,80 DM – ab 6 Jahre.**

In der Erstlesereihe des Loewes Verlages ist jetzt eine umfangreiche Sammlung ökumenischer Kindergebete erschienen, die vor allem Morgen-, Abend- und Tischgebete enthält. Aber auch Gebete zu anderen Ereignissen, die im kindlichen Leben eine Rolle spielen, sind aufgenommen, wie z. B. Geburtstag, Urlaub, Tiere, Krankheit und die christlichen Feste. Einige Gebete stammen von früher; die meisten hat Pfarrer Detlev Block verfaßt. Die Texte entsprechen dem kindlichen Erfahrungsbereich und sind in ihrer Schlichtheit unmittelbar zugänglich.

Die ebenso zarten wie lebendigen Illustrationen von Charlotte Panowsky regen die Phantasie des Betrachters an.

Detlev Block, 1934 in Hannover geboren, lebt als Pfarrer und Schriftsteller in Bad

Pyrmont (Niedersachsen). Neben zahlreichen anderen Veröffentlichungen (meditative Kurzprosa, Kinder- und Sachbücher, Anthologien) hat er vor allem Lyrik geschrieben und publiziert. Seine Gedichte sind „Momentaufnahmen von moderner Einfachheit und literarischem Rang“ (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt) und „gehören mit zu den eindringlichsten und sprachlich schönsten Texten, die christlich motivierte Autoren der Gegenwart geschrieben haben“ (Süddeutsche Zeitung).

**„Humanität und Fortschritt am Ende der Neuzeit“, Lothar Roos, 60 Seiten, 6,80 DM, Bachem Verlag, Köln 1984**

Das öffentliche Bewußtsein zu Fragen des Fortschritts scheint heutzutage gänzlich anders zu sein als noch vor rund 15 Jahren: Ein allgemeiner Fortschrittsoptimismus ist heute weitgehend von der „No Future Society“ abgelöst worden. Wo liegen die Ursachen dieses Bewußtseinswandels? Gibt es möglicherweise ein Zusammenspiel von tatsächlichen Veränderungen und rationalen Faktoren? Ist die Fortschrittsidee tatsächlich am Ende? Wenn dies zutrifft: Was können wir tun, um dennoch ein Fortschreiten in Humanität

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis CDU/CSU • Herausgeber: Minister für Bundesangelegenheiten Albrecht Martin, MdL; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, M. Dr. h. c. Kai-Uwe von Hassel, Bundestagspräsident a. D.; Dr. Sieghard Carsten Kampf, MdHB; Staatsminister Friedrich Vogel, MdB  
Redaktion: Erhard Hackler, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn  
Telefon: (0228) 5443 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalt GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM, Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK Postscheck Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267  
Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf  
• Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.

BLECKMANN, HANS  
FROEBELSTR. 11

2080 PINNEBERG-THESDORF

\$\$\$

Friedrich-Ebert-Allee 73-75 • 5300 Bonn  
Postvertriebsstück • F 5931 EX • Gebühr bezahlt

oder vielleicht sogar zu mehr Humanität zu ermöglichen?

Diesen Fragen geht Lothar Roos, Professor für Christliche Gesellschaftslehre und Pastoralsoziologie an der Universität Bonn, in einer soeben erschienenen Schrift nach. Dabei stellt er zunächst den Aufbau des neuzeitlichen Fortschrittsdenkens sowie die Ursachen seiner Erschütterungen bis hin zu seiner Destruktion dar. Den Hauptgedanken bildet die Antwort auf die Frage, wie es weitergehen soll, welche Wege zu bedenken und zu gehen sind, um Fortschritt in Humanität auch und gerade heute zu ermöglichen. Dabei sieht der Bonner Theologe eine eigene Bedeutung in Hilfen, die aus dem Glauben der Christen kommen können. Martin Lohmann

„Glaubenszeugen der Einen Kirche. 57 Lebensbilder“, hrsg. von Hans Mayr im Joh. Stauda-Verlag Kassel, 1984, als Bd. 30 der neuen Folge „Kirche zwischen Planen und Hoffen“, 129 S., brosch., 21,- DM.

Wir brauchen Vorbilder, an die wir uns halten können, Beispiele gelebten Lebens. Dem dient diese Sammlung von kurzen Lebensbeschreibungen. Für jeden Sonntag und einige Feiertage ist je ein Lebensbild vorgesehen; es kann in Versammlungen und Andachten vorgelesen werden. Die hier ausgewählten Männer und Frauen haben wir z. T. noch persönlich gekannt: Bischof Otto Dibelius, Dr. Hermann Ehlers, UNO-Generalsekretär Dag Hammarskjöld, Jochen Klepper, Bischof Wilhelm Stählin,

Elisabeth von Thadden, August Winnig, um nur einige Namen zu nennen. Die „Glaubenszeugen“ ergänzen das vierbändige Werk „Die Wolke der Zeugen“ von Jörg Erb aus dem gleichen Verlag. Überwiegend Michaelsbrüder haben als Autoren mitgewirkt. Wenn die Kirchen der Reformation auch keine kanonisierten Heiligen kennen, so gibt es doch einen evangelischen Namenskalender und darüber hinaus immer neue Vorbilder des Glaubens und Lebens, unter ihnen auch Märtyrer, die ihre Treue bis in den Tod bewährten. Der christliche Glaube hat sich in sehr verschiedenen Menschen ausgeprägt, bis in unsere Gegenwart hinein. Es lohnt sich, solche Lebensbilder kennenzulernen und weiterzugeben. Dr. Reinhard Mumm

## Du hast uns deine Welt geschenkt



1. Du hast uns dei-ne Welt ge-schenkt: Den

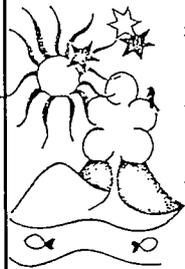


Him-mel, die Er-de Du hast uns dei-ne Welt



ge-schenkt. Herr wir dan-ken dir.

2. Du hast uns Deine Welt geschenkt: die Länder - die Meere. Du hast uns Deine Welt geschenkt: Herr, wir danken Dir.
3. Du hast uns Deine Welt geschenkt: die Sonne - die Sterne. Du hast uns Deine Welt geschenkt: Herr, wir danken Dir.
4. Du hast uns Deine Welt geschenkt: die Blumen - die Bäume. Du hast uns Deine Welt geschenkt: Herr, wir danken Dir.
5. Du hast uns Deine Welt geschenkt: die Berge - die Täler. Du hast uns Deine Welt geschenkt: Herr, wir danken Dir.
6. Du hast uns Deine Welt geschenkt: die Vögel - die Fische. Du hast uns Deine Welt geschenkt: Herr, wir danken Dir.
7. Du hast uns Deine Welt geschenkt: die Tiere - die Menschen. Du hast uns Deine Welt geschenkt: Herr, wir danken Dir.



Aus „MC“ Blatt ist ein Tag an dem ich singen kann. Rechte: Menschenbilder Musikverlag Münster

8. Du hast uns Deine Welt geschenkt: Du gabst mir das Leben. Du hast mich in die Welt gestellt. Herr, ich danke Dir.
9. Du hast uns Deine Welt geschenkt: Du gabst uns das Leben. Du hast uns in die Welt gestellt. Herr, wir danken Dir.

## Du hast uns deine Welt geschenkt

- Welt:** Mit den Händen über dem Kopf eine grosse Kugel formen.  
**Danken:** Hände offen nach vorne halten.
1. **Himmel:** Arme, Hände zeigen nach oben  
**Erde:** Arme, Hände zeigen nach unten
  2. **Länder:** Hände zur Fläche nach vorn ausbreiten.  
**Meere:** Wellenbewegungen mit den Händen.
  3. **Sonne:** ausgestreckte Arme, Hände oben überkreuzt  
**Sterne:** Hände öffnen sich, bleiben oben.
  4. **Blumen:** Hände bilden einen Kelch  
**Bäume:** Arme über dem Kopf verschränken.
  5. **Berge:** Hände über dem Kopf schliessen  
**Täler:** geschlossene Hände nach unten.
  6. **Vögel:** Flugbewegungen mit ausgestreckten Armen  
**Fische:** Schwimmbewegungen mit gefalteten Händen.
  7. **Tiere:** Größe der Tiere ca. 50 cm über der Erde mit den Händen andeuten.  
**Mensch:** Beide Arme in Brusthöhe ausgestreckt nach vorn.
  8. Du gabst mir das Leben ...  
Mit beiden Händen auf sich zeigen.
  9. Du hast uns in die Welt gestellt ...  
Den Kreis schliessen, alle fassen sich an, gehen zur Mitte und heben die Hände zum Himmel.  
Langsam die Arme herunter und zurück in den grossen Kreis.  
Der grosse Kreis geht langsam in die Runde.

Aus „MC“ Blatt ist ein Tag an dem ich singen kann. Rechte: Menschenbilder Musikverlag Münster